

Stellungnahme
Deutsch-Kolumbianisches Friedensinstitut
Instituto Colombo-Alemán para la Paz – CAPAZ
und assoziierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Freie Übersetzung aus dem Spanischen*

**Die Unterschriften beziehen sich auf das spanische Original.*

am Mittwoch, den 5. Mai 2021

Im Rahmen unserer Forschung und Lehre sowie in der Zusammenarbeit mit dem Instituto Colombo-Alemán para la Paz – CAPAZ begleiten wir den kolumbianischen Friedensprozess aktiv und geben diese Stellungnahme gegen die massive Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten bekannt. Wir lehnen die Gewalt, die gegen Menschen und Organisationen, die in Kolumbien ihr verfassungsmäßiges und legitimes Recht auf Protest ausüben, ab.

Wir rufen zur Verteidigung und zum Schutz des Lebens auf und bedauern zutiefst den Tod und die Misshandlungen von Männern und Frauen. Unser Mitgefühl gilt den Verletzten, den Todesopfern und ihren Familien.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen, der Procuraduría General de la Nación und der Defensoría del Pueblo hat es in verschiedenen Regionen Kolumbiens Morde und Fälle von sexueller Gewalt und Verschwindenlassen gegeben. Diese Lage wird durch die Militarisierung von Städten und die Stigmatisierung der Protestierende Einzelpersonen und Organisationen noch verschärft.

Wir fordern die kolumbianische Regierung auf, auf die Zivilgesellschaft zu hören und den übermäßigen Einsatz von Gewalt gegen Protestierende zu beenden. Die Polizeigewalt verletzt das verfassungsmäßige Demonstrationsrecht, bedroht die Demokratie und birgt das Risiko, die Legitimität des kolumbianischen Staates als Garant der Menschenrechte zu untergraben. Es ist zwingend erforderlich, dass der Staat die Grundsätze der Legalität, der Vorsorge, der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit beachtet. Sozialer Protest darf nicht gewaltsam unterdrückt oder kriminalisiert werden.

Wir appellieren an die zuständigen staatlichen Stellen, die Gewalttaten der letzten Tage, einschließlich der Vorwürfe sexueller Gewalt gegen Demonstrantinnen, zu untersuchen und die Verantwortlichkeiten dafür zu klären. Wir sind von der Dringlichkeit der Eröffnung eines partizipativen Dialogs mit allen Sektoren im Rahmen der Achtung der Menschenrechte überzeugt. Wir betonen die Bedeutung der friedlichen Beilegung von Konflikten, der Achtung der Meinungsfreiheit und des Ausdrucks dieser Freiheit durch die Ausübung des

Stellungnahme

5. Mai 2021



Demonstrationsrechts als notwendige und unverzichtbare Bestandteile für den Aufbau eines demokratischen Friedens.

Aus unserer wissenschaftlichen Tätigkeit heraus stellen wir uns zur Verfügung, um zu diesem Dialog über den Kontext der Ereignisse beizutragen.

Die Unterzeichnenden.